

# Annette Widmann-Mauz MdB

## PARLAMENTARISCHE STAATSEKRETÄRIN

### WAHLKREISABGEORDNETE TÜBINGEN



## Die Energiewende in Deutschland ist eingeleitet



Liebe Leserinnen und Leser,

der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche die gesellschaftliche Grundentscheidung, die nach der Havarie des Kernkraftwerks von Fukushima am 11. März 2011 getroffen wurde, dass nämlich Deutschland seine Energieversorgung in Zukunft aus erneuerbaren Quellen decken wird, mit großer Mehrheit parlamentarisch umgesetzt. Nach einer mindestens 30-jährigen kontroversen, teils unversöhnlichen Debatte steigt Deutschland als erste führende Industrienation bis zum Jahr 2022 endgültig aus der Atomenergie aus.

Wie sehen die Gesetzentwürfe zum Atomausstieg und zur Energiewende im Einzelnen aus: Bei der Novelle des Atomgesetzes übernahmen die Koalitionsfraktionen den Regierungsentwurf vom 6. Juni 2011: Die acht derzeit abgeschalteten Kernkraftwerke kommen nicht mehr an das Netz, die restlichen neun werden stufenweise bis 2022 abgeschaltet. Mit dem **Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG)** wird dafür gesorgt, dass Strom aus regenerativen Energien möglichst rasch in größerem Umfang in das Netz eingespeist und transportiert werden kann. Dazu kann die Bundesnetzagentur für länder- und grenzüberschreitende Höchstspannungsleitungen nunmehr sowohl die Fachplanung als auch die Planfeststellung federführend koordinieren. Das Gesetz zur Neuregelung des Rechtsrahmens für die Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (EEG) zielt darauf ab, den Anteil erneuerbar produzierten Stroms bis spätestens 2020 auf mindestens 35 Prozent zu erhöhen.

Mit dem Angebot einer Marktprämie wird eine Brücke für die Integration in den regulären Strommarkt gebaut. Indem die EEG-Umlage den Betrag von 3,5 Cent pro Kilowattstunde nicht übersteigen soll, wird die Bezahlbarkeit des EEG erhalten. Damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Unternehmen nicht über Gebühr belastet wird, wird eine lineare, breit gefasste Ausgleichsregelung eingeführt. Das Gesetz zur Neuregelung energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften hat im parlamentarischen Verfahren ebenso wie das Gesetz zur Stärkung der klimagerechten Entwicklung in den Städten und Gemeinden im Wesentlichen Klarstellungen erhalten.

Das Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden setzt nunmehr mit dem Tag seines Inkrafttretens neue steuerliche Anreize: Sanierungsmaßnahmen, die zu einer überdurchschnittlichen Energieeffizienz führen, verringern auf zehn Jahre verteilt die Steuerbemessungsgrundlage. Damit soll eine möglichst umfassende Gebäudemodernisierung gefördert werden. Das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ (EKFG) stellt einen Ausgleich für die entfallenden Beiträge der Kernkraftwerksbetreiber zum Klimafonds (EKF) her. Dazu gehen die Erlöse aus dem Emissionshandel ab 2013 vollständig in den EKF.

Die Bürger und Unternehmen in unserem Land vertrauen darauf, dass Strom zu jeder Tages- und Nachtzeit, in jeder Menge und zu bezahlbarem Preis vorhanden ist. Darauf können sie sich weiter verlassen. Unser Energiesystem muss das wirtschaftliche Fundament unseres Landes stärken, zum wichtigen Impulsgeber für Innovation und technologischen Fortschritt werden, die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren und unser Klima schützen helfen. Deutschland darf nicht von Stromimporten abhängig werden, sondern muss seinen Nettobedarf eigenständig erzeugen können. Das ist – gerade auch wegen der eingeleiteten umfassenden Energiewende – weiterhin der Anspruch der christlich-liberalen Koalition.

Ihre

*Annette Widmann-Mauz*

# Annette Widmann-Mauz MdB

## Die Energiewende in Deutschland ist eingeleitet



### Die Gesetze im Überblick

Mit dem **Netzbeschleunigungsgesetz (NABEG)** sorgen wir dafür, dass Strom aus regenerativen Energien möglichst rasch in größerem Umfang eingespeist und transportiert werden kann. Dazu kann die Bundesnetzagentur für länder- und grenzüberschreitende Höchstspannungsleitungen nunmehr sowohl die Fachplanung als auch die Planfeststellung federführend koordinieren.

Das **Erste Gesetz zur Änderung schiff-fahrtsrechtlicher Vorschriften** sichert zudem potenzielle Leitungskorridore eines Nord- und Ostsee-Stromleitungsnetzes.



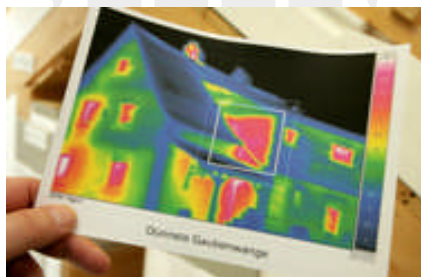
Das **Gesetz zur Neuregelung des Rechtsrahmens für die Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (EEG)** zielt darauf ab, den Anteil erneuerbar produzierten Stroms bis spätestens 2020 auf mindestens 35 Prozent zu erhöhen. Mit dem Angebot einer Marktprämie bauen wir eine Brücke für die Integration in den regulären Strommarkt.

Indem die EEG-Umlage den Betrag von 3,5 Cent pro Kilowattstunde nicht übersteigen soll, erhalten wir die Bezahlbarkeit des EEG. Damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Unternehmen nicht über Gebühr belastet wird, führen wir eine lineare, breit gefasste Ausgleichsregelung ein.



Das **Gesetz zur Neuregelung energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften** hat im parlamentarischen Verfahren ebenso wie das **Gesetz zur Stärkung der klimagerechten Entwicklung in den Städten und Gemeinden** im Wesentlichen Klarstellungen erhalten.

Das **Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen** an Wohngebäuden setzt nunmehr mit dem Tag seines Inkrafttretens neue steuerliche Anreize: Sanierungsmaßnahmen, die zu einer überdurchschnittlichen Energieeffizienz führen, verringern auf zehn Jahre verteilt die Steuerbemessungsgrundlage. Damit wollen wir eine möglichst umfassende Gebäudemodernisierung fördern.



Das **Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ (EKFG)** stellt einen Ausgleich für die entfallenden Beiträge der Kernkraftwerksbetreiber zum Klimafonds (EKF) her. Dazu gehen die Erlöse aus dem Emissionshandel ab 2013 vollständig in den EKF. Neu im Förderkatalog sind Elektromobilität und eine Kompensation für stromintensive Unternehmen. Für den Fall, dass das Sondervermögen unvorhergesehene Einnahmeausfälle erleidet bzw. unabweisbare zusätzliche Ausgaben zu leisten hat, kommt ein Liquiditätsdarlehen aus dem Bundeshaushalt in Betracht, das bei zehn Prozent des Gesamtvolumens gedeckelt, zu verzinsen und spätestens im übernächsten Jahr komplett zu tilgen ist.

# Annette Widmann-Mauz MdB

## Aus dem Parlament



### Verbesserung der Eingliederungs-chancen am Arbeitsmarkt

In erster Lesung stand das **Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungs-chancen am Arbeitsmarkt** zur Beratung an, welches nach der Jobcenter-Reform und der Leistungsrechtsreform im Bereich des SGB II und des SGB XII der dritte wichtige Baustein zur umfassenden Reform der gesetzlichen Grundlagen der Arbeitsmarktpolitik ist.

Ziel ist es, den Einsatz der Arbeitsmarktinstrumente im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel effektiver und effizienter zu machen, insbesondere die Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu beschleunigen und die öffentlich geförderte Beschäftigung neu zu ordnen.

### Kinder und Jugendliche stärker schützen

In erster Lesung stand das **Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Bundeskinderschutzgesetz)** zur Beratung an. Damit soll eine rechtliche Grundlage für flächendeckende, niedrigschwellige Hilfsangebote für Familien vor und nach der Geburt und in den ersten Lebensjahren des Kindes geschaffen werden. Insbesondere wird die elterliche Erziehungskompetenz in dieser wichtigen Phase gestärkt. Alle wichtigen Akteure im Kinderschutz wie Jugendämter, Schulen, Gesundheitsämter, Krankenhäuser, Ärzte, Schwangerschaftsberatungsstellen und Polizei sollen in einem Netzwerk zum vorbeugenden Schutz von Kindern zusammenwirken. Das Gesetz soll zudem den Einsatz von Familienhebammen stärken, die junge Eltern im ersten Lebensjahr ihres



### 70. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion

Den **70. Jahrestag des Überfalls Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion** am 22. Juni haben wir zum Anlass für eine Debatte genommen, in der wir den Blick nicht nur auf die Schrecken der Vergangenheit, sondern auch auf die Chancen der Zukunft zwischen Deutschland, der Europäischen Union und Russland richten werden.

### Umsetzung der EU-Richtlinie im Hinblick auf die Errichtung des Europäischen Finanzaufsichtssystems

Mit dem in erster Lesung debattierten **Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2010/78/EU im Hinblick auf die Errichtung des Europäischen Finanzaufsichtssystems** werden die notwendigen Anpassungen im nationalen Recht vorgenommen, um insbesondere die Zusammenarbeit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht mit den neuen europäischen Aufsichtsstrukturen zu ermöglichen.

Mit der ersten Lesung des **Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2010/78/EU im Hinblick auf die Errichtung des Europäischen Finanzaufsichtssystems** wird die notwendigen Anpassungen im nationalen Recht vorgenommen, um insbesondere die Zusammenarbeit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht mit den neuen europäischen Aufsichtsstrukturen zu ermöglichen.



### Zwischenbericht der Enquete-Kommission

Wir haben in dieser Woche den Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ debattiert, die auf unsere Initiative hin eingerichtet wurde.

Dargestellt wird die Arbeit in den vier Projektgruppen „Netzneutralität“, „Datenschutz, Persönlichkeitsrechte“, „Urheberrecht“ und „Medienkompetenz“. Zudem werden die Maßnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit erläutert. Handlungsempfehlungen in diesem für uns alle wichtigen Zukunftsfeld werden in einem weiteren Zwischenbericht folgen.

# Annette Widmann-Mauz MdB

## Aus der Bundesregierung



### Regierungskonsultationen - Ein neuer Abschnitt in den deutsch-chinesischen Beziehungen



Die Regierungsdelegationen von Deutschland und China beim gemeinsamen Foto im Bundeskanzleramt (2.Reihe, 6 v.l., Annette Widmann-Mauz MdB)

### Auf Einladung der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel fanden vom 27. bis 28 Juni 2011 die ersten Deutsch-Chinesischen Regierungskonsultationen in Berlin statt

Waren es früher nur gegenseitiger Handel und Investitionen ist die Qualität der Zusammenarbeit heute eine deutlich andere. Deutsche und chinesische Unternehmen arbeiten an zukunftsorientierten Projekten mittlerweile eng zusammen, ebenso wie die Regierungen der beiden Länder. Von der Fachkräfteausbildung über die Entwicklung von Elektroautos bis zum energieeffizienten Wohnungsbau. Die Regierungen haben jährliche Treffen miteinander vereinbart.

Die chinesische Delegation wurde vom Ministerpräsidenten des Staatsrates der Volksrepublik China geleitet. In den Regierungskonsultationen nahmen auf beiden Seiten jeweils mehr als 10 Minister teil. Auch die Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB, nahm für das Bundesministerium für Gesundheit daran teil.

Auch der vor über einem Jahrzehnt begonnene Rechtsstaatsdialog mit China geht weiter. Bundeskanzlerin Merkel begrüßte die Freilassung der Bürgerrechtler Ai Weiwei und Hu Jia. Wichtig sei, dass es für diese wie auch andere Bürgerrechtler „transparente Verfahren“ geben werde.



Die Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB und der chinesische Vize-Gesundheitsminister Zhang Mao nach der Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung zur Begründung einer Partnerschaft im Krankenhausmanagement

# Annette Widmann-Mauz MdB

## Daten und Fakten



### Erwerbsbeteiligung älterer Menschen nimmt deutlich zu.

Die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen in Deutschland hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen stieg zwischen 2000 und 2009 von 37% auf 56% und damit so stark wie in keiner anderen Altersgruppe. Nach Erreichen des 65. Lebensjahres waren in Deutschland noch 4% der Bevölkerung erwerbstätig. Im EU-weiten Vergleich verzeichnete 2009 auf der Basis von Eurostat-Informationen Schweden mit 70% die höchste Erwerbstätigenquote unter den 55- bis 64-Jährigen. In der EU insgesamt lag die Quote bei 46%. Die über 65-Jährigen nahmen am häufigsten in Portugal (17%), Rumänien (14%) und Schweden (12%) am Erwerbsleben teil. Der EU-Durchschnitt lag bei 5%.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)



### Reallöhne steigen im ersten Quartal um durchschnittlich 2%

Die Reallöhne, das heißt die preisbereinigten Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer, sind im ersten Quartal 2011 im Vergleich zum ersten Quartal 2010 um durchschnittlich 2% gestiegen. Der kräftige Anstieg der Bruttomonatsverdienste zum Jahresbeginn 2011 erstreckte sich auf fast alle Wirtschaftszweige. Je nach Branche gab es dafür jedoch unterschiedliche Gründe: So nahm im Verarbeitenden Gewerbe die Zahl der Kurzarbeiter weiter ab und im Bereich der Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung erhielten Beschäftigte im ersten Quartal 2011 hohe tarifliche Einmalzahlungen. Ein vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer verdiente in Deutschland im ersten Quartal 2011 ohne Sonderzahlungen durchschnittlich 3.264 Euro brutto im Monat. Die höchsten Durchschnittsverdienste erzielten die Beschäftigten in der Energieversorgung (4.322 Euro), bei Banken und Versicherungen (4.315 Euro) sowie im Bereich Information und Kommunikation (4.299 Euro). Der niedrigste durchschnittliche Bruttomonatsverdienst wurde im Gastgewerbe (1 951 Euro) gezahlt.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)



### Hartz IV-Empfänger erreichen häufig nur unsichere Jobs

Im Jahr 2008 haben über eine Million Hartz-IV-Empfänger eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgenommen. Nur 55 Prozent dieser Jobs dauerten länger als sechs Monate. Fast die Hälfte der Beschäftigten musste zusätzlich Hartz-IV-Leistungen beziehen, weil ihr Verdienst ihren Lebensunterhalt nicht decken konnte. Jobs, die für Hartz-IV-Empfänger erreichbar sind, sind häufig instabil und nur als Aushilfe auf kurze Zeit angelegt. Stabiler waren die Jobs, die auch gleichzeitig den Bezug von Hartz-IV-Leistungen überflüssig machten. Aber nur 56 Prozent der Hartz-IV-Empfänger, die eine Vollzeitstelle annahmen, konnten mit ihrer Stelle die Bedürftigkeit überwinden. Entscheidend ist neben der Lohnhöhe auch die Anzahl der Personen, die mitversorgt werden müssen. So schafften zwei Drittel der Alleinstehenden den Sprung aus der Bedürftigkeit, während es bei Alleinerziehenden und Paaren mit Kindern nur gut ein Drittel waren. Insgesamt werden Leistungsempfänger dort überproportional eingestellt, wo tendenziell niedrigere formale Qualifikationsanforderungen bestehen. Ein Fünftel der Arbeitsaufnahmen fanden dementsprechend in der Leiharbeit statt. Niedrig bezahlte und auf kurze Dauer befristete Jobs führen dazu, dass Aufstocker zwischen Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit wechseln, und dabei weiterhin von Hartz-IV-Leistungen abhängig bleiben.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung)